

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-4

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-4/015/2025

Bürgerbefragung 2026: Offene Online-Bürgerbeteiligung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.11.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die regelmäßig durchgeführte Bürgerbefragung „Leben in Erlangen“ soll im Herbst 2026 aufgrund der Haushaltslage als reine, offen beworbene, Online-Bürgerbeteiligung durchgeführt werden.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Seit dem Jahr 2001 wird in Erlangen regelmäßig die repräsentative Bürgerbefragung „Leben in Erlangen“ als Mehrthemenbefragung durchgeführt, um ein aktuelles und zuverlässiges Bild der Meinungen und Wünsche der Erlanger Bevölkerung abzubilden. Die regelmäßige Durchführung wurde am 18.10.2000 im HFPa beschlossen. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage wurde die für das Jahr 2025 geplante Befragung zunächst auf das Jahr 2026 verschoben, schließlich wurden die Finanzmittel für die Befragung ganz gestrichen.

Was bei der Befragung Kosten verursacht, sind die postalischen Einladungen und Erinnerungen der zufällig ausgewählten Bürger*innen. Unter Berücksichtigung der methodischen Nachteile für die Repräsentativität der Ergebnisse schlägt die Statistikstelle vor, im Jahr 2026 eine reine, offene Online-Befragung ohne Zufallsstichprobe durchzuführen, um nicht vollständig auf die Ermittlung der aktuellen Meinungen der Erlanger*innen zu verzichten.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

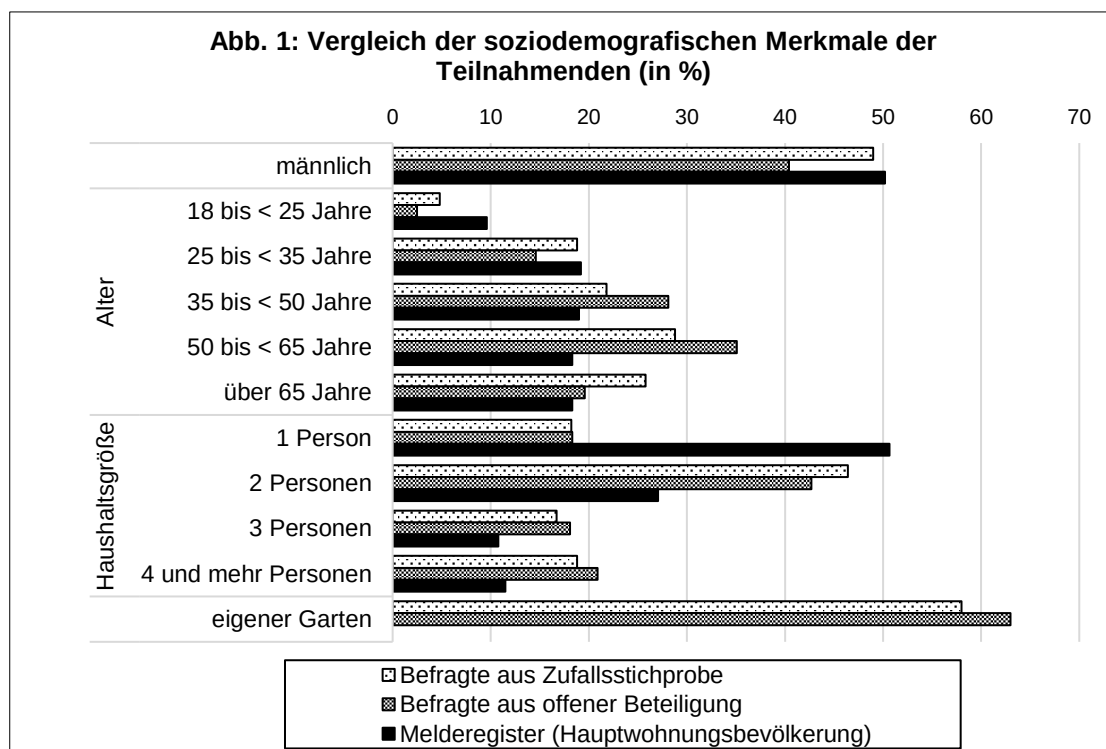
Die bisherigen Bürgerbefragungen wurde auf der Grundlage einer Zufallsstichprobe aus der Gesamtheit der Erlanger Bürger*innen im Alter von 18 – 80/85 Jahren durchgeführt, um anhand der Ergebnisse repräsentative – für die Gesamtheit gültige – Erkenntnisse als evidenzbasierte Entscheidungsgrundlagen für kommunale Angelegenheiten abzuleiten.

In den Sozialwissenschaften gilt das Ziehen einer zufälligen Stichprobe mit einer bestimmaren Auswahlwahrscheinlichkeit als Bedingung, um sowohl die Parameter der Grundgesamtheit (z.B. Mittelwerte und Anteile) berechnen, als auch die Präzision und Zuverlässigkeit der Ergebnisse durch Fehlerspannen und Konfidenzintervalle ausweisen zu können. Die angestrebte Repräsentativität wird jedoch nur dann vollständig erreicht, wenn sich tatsächlich alle ausgewählten Personen an einer Befragung beteiligen. Das wird in der Praxis fast nie erreicht. Teilnahmeverweigerungen und -ausfälle sind systematisch, sie kommen in bestimmten Bevölkerungsgruppen deutlich häufiger als in anderen

vor. Am seltensten beteiligen sich Personen an allgemeinen Umfragen, die jünger, bildungsfern, alleinlebend oder ökonomisch schlechter gestellt sind oder Migrationshintergrund haben.

Wie unterschiedlich sich verschiedene Bevölkerungsgruppen in Erlangen an Befragungen beteiligen, konnten wir im Rahmen einer experimentellen Befragung zur Sauberkeit und Nachhaltigkeit der Stadt („Ist's noch sauber?“, Nov. 2024 – März 2025) untersuchen.

Zuerst wurde eine hybride Befragung (Online first + Papier) mit einer Zufallsstichprobe von 3.000 ausgewählten Bürger*innen durchgeführt. Danach wurde eine inhaltlich fast gleiche, reine Online-Befragung durchgeführt, die nur über kostenlose städtische Kanäle beworben wurde (Homepage, Social Media, Zeitung, Plakate, Stroer-Tafeln). Bei der ersten Befragung lag die Teilnahme bei 1.026 Personen (Rücklauf: 33,4%), bei der zweiten waren es 820 Personen. Die Verteilung der soziodemografischen Merkmale ähnelt sich zwischen beiden Befragungen (siehe Abb. 1): Unter den Teilnehmenden waren mehr Frauen als Männer, mehr ältere als jüngere, mehrheitlich Personen aus Zweipersonenhaushalten und Bessergestellte, die einen Garten haben (Einkommen wurde nicht abgefragt). Auffällig ist, dass sich Teilnehmende beider Befragungen stark von der Grundgesamtheit (Melderegisterdaten) unterscheiden: Hinsichtlich der Alters- und Haushaltszusammensetzung wie auch der ökonomischen Situation der Befragten wird keine Repräsentativität für die Erlanger Bevölkerung erreicht. Der Vergleich der räumlichen Verteilung über Stadtbezirke zeigte jedoch nur geringe Abweichungen sowohl zwischen beiden Befragungen als auch gegenüber den Melderegisterdaten. Inhaltlich zeigten beide Befragungen ähnliche Antwortmuster, auch wenn die Antworten der offenen Online-Beteiligung wie erwartet kritischer ausfielen.



Grundsätzlich Befragungen nur online durchzuführen, scheint heutzutage zunehmend unproblematischer zu sein. Bei der letzten Bürgerbefragung 2023, bei der ein Papierfragebogen auf Anfrage kostenlos zugeschickt wurde, lag die Onlinebeteiligung bei 90%. Bei der ersten Befragung „Ist's noch sauber?“ lag die Onlinebeteiligung bei über 95%. Bei der aktuell laufenden Befragung „Innenstadtmobilität und -Attraktivität“ lag der Anteil der Befragten, die sich für eine Telefon- statt Onlinebefragung entschieden bei 0,4%.

Eine offene Bürgerbeteiligung (ohne Zugriffskontrolle) birgt neben der technischen Hürde des Onlinezugangs und der unvollständigen Repräsentativität weitere Risiken wie z.B. manuelle Mehrfachteilnahmen, automatisierte Mehrfachteilnahmen durch Bots („vote flooding“), hoher Anteil an unvollständigen und unplausiblen Antworten etc., die aber zumindest teilweise technisch und methodisch

abgefangen werden können.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nach Abwägung dieser Risiken und im Vergleich zum kompletten Verzicht auf eine Ermittlung der Meinungen und Wünsche der Erlanger Bürger*innen spricht sich die städtische Statistikstelle für die Durchführung einer rein offenen Online-Bürgerbefragung 2026 aus. Diese wäre aufgrund der papierlosen Durchführung auch nachhaltiger.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ☒ ja, positiv*
☐ ja, negativ*
☐ nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ☐ ja*
☐ nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang